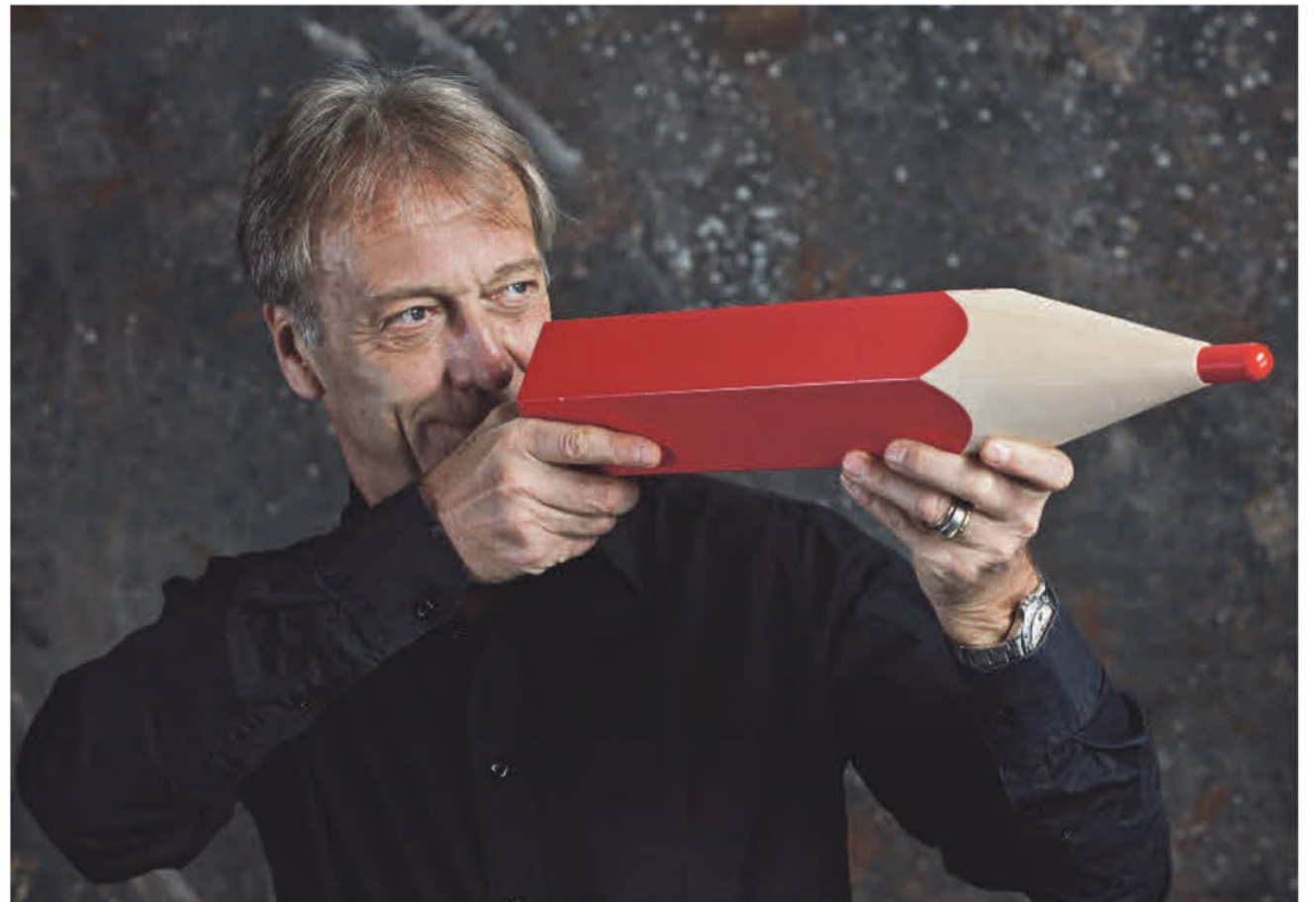


INHALT

1–3 TITELSTORY	
2	Lahor Jakrlin ist überzeugter Befürworter der «No-Billag-Initiative».
3	Martin Muerner wehrt sich vehement gegen die Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren.
5–14 POLITIK UND GESELLSCHAFT	
5	Die BLS will auf die Absenkung des Thunersees verzichten. Die Reaktionen sind zahlreich.
7	Im Grabengut Thun entsteht ein neues Eissportzentrum. Benannt wird es zu Ehren Polo Hofers.
9	Das Schloss Thun ist ein Publikumsmagnet. Die Besucherzahlen wurden letztes Jahr gesteigert.
11	Biologische Produktion im Kanton Bern boomt. Jedes Jahr kommen 50 Bauernbetriebe hinzu.
13	Der Frauenverein Münsingen jubiliert. Die Aufgaben haben sich in 100 Jahren stark verändert.
14	Bowil und Linden dürfen den Verwaltungskreis nicht wechseln. Die Gemeinden sind ernüchtert.
15 VEREINS- UND GESCHÄFTSNEWS	
15	Die Emmental Versicherung erzielt einen Rekordgewinn. Davon profitieren die Versicherten.
17 GENUSS-SEITE	
17	Die Gastronomie ist am Valentinstag auf den Geschmack gekommen.
18–19 LESERSERVICE	
18	Schwedenrätsel- und Sudoku-Gewinnspiel
19	Horoskop und Impressum
20–23 VERANSTALTUNGEN	
20	Der Jodlerklub Uetendorf lädt ein zu Örgelklängen, Jodlergesang, Theater und Tanz.
21	Das Kindertheater Dr. Eisenbarth spricht Gross und Klein an und gastiert in der Region.
22	Was isch los
23	Kinoprogramm
24 BEGEGNUNGEN	
24	Die 23-jährige Kokob Mihretab aus Eritrea muss mit Nothilfe über die Runden kommen.



Für Lahor Jakrlin ist klar: «Auch wenn die «No-Billag-Initiative» abgelehnt wird, muss die SRG unbedingt den Rotstift ansetzen.» Werner Tschan/zvg

«Die SRG ist ein staatlicher Koloss»

DER BEFÜRWORDER • Lahor Jakrlin ist Leiter einer Berner Werbeagentur. Er kennt sich in der Medienbranche bestens aus und ist für die Abschaffung der Billag-Zwangsteuer. Seine Gründe.

«Ich werde am 4. März ein Ja zur «No-Billag-Initiative» in die Urne einlegen», sagt Lahor Jakrlin. Für ihn gibt es dafür viele Gründe: «Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) macht weit mehr, als ihr vom Leistungsauftrag her zusteht. Es ist nirgends festgeschrieben, dass es 17 Radio- und 7 TV-Kanäle braucht, um den Service public gemäss Verfassung zu erfüllen.» Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) habe eine gigantische Infrastruktur aufgebaut. Für ihn wäre darum weniger mehr. Die TV-Kanäle SRF1, SRF2 und SRFinfo könnten zusammengelegt werden, ohne etwas zu verlieren. «Ich erlebe die SRG als aufgebläht, teuer», sagt Jakrlin.

«Werbemittel würden anders fließen»
Als Werber und Unternehmer wisse er, dass Werbegelder nach den Bedürfnissen der Firmen definiert werden. «Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel suchen sich wie Wasser ihren Weg und landen schliesslich bei jenen Werbemitteln, bei denen sie die höchste Reichweite erzielen. Angenommen, SRF hätte keine Werbung mehr, kämen andere zum Zug. Ich will damit sagen, dass die knapp 1,4 Mrd. Franken aus der Zwangssteuer Billag und die 400 Mio. Franken Werbeeinnahmen woanders eingesetzt würden. Heute steht diese Summe in keinem Verhältnis zu den knapp 70 Mio. Franken, die den privaten Radio- und TV-Lokalsendern aus dem Gebührentopf als Stillhaltegeld gezahlt werden.» Für Jakrlin ist die SRG ein staatlicher Koloss, in dessen Schatten die Privatsender keine Entwicklungschancen hätten. Er ist überzeugt, dass die Lokal-TV-Stationen gemeinsam durchaus in der Lage wären, Serien wie «Wilder» oder «Der Bestatter» zu produzieren und die Lauberhornrennen zu übertragen. Heute stehe ihnen

diese Möglichkeit wegen der Vormachtstellung der SRG leider nicht zu. «Ich glaube, den Konsumentinnen und Konsumenten geht nichts verloren, wenn die SRG abspecken muss», argumentiert Lahor Jakrlin. Sie habe ihr Angebot unaufhaltsam ausgebaut. «Für mich ist das einfach zu viel, es wird immer mehr und mehr Staat. Darum braucht es jetzt eine Zäsur.»

«Kino-Wochenschau ist passé»
Zudem seien die TV-Sender SRF1 und SRF2 von der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung überholt worden – ihr Marktanteil von 29 Prozent und einem Durchschnittsalter der Zuschauenden von 62 Jahren sprächen Bände. «Gegenwart und Zukunft gehören dem Streaming.» Jakrlin begründet dies damit, dass schon heute – und nicht nur bei der jüngeren Generation – der Nachrichtenkonsum übers Internet gang und gäbe ist. Als analoges «Abendmedium» wärme SRF bloss auf, was tagsüber über Print und Netz schon x-fach verbreitet worden sei. «Leutschenbach lebt noch die Zeit der Kino-Wochenschau, und die ist passé.» Für ihn ein weiterer Grund, der Initiative zuzustimmen.

«Enormes Optimierungspotenzial»
Als bekennender «Liberaler» folgt er aber nicht der Abstimmungsempfehlung der FDP. Die Liberalen, sondern jener des Jungfreisinns. Er anerkennt allerdings, dass mit einer Annahme der Initiative das Schweizer Radio SRF bestraft würde und weist auf «eine kleine Schwachstelle» der Initiative hin: «Anders als beim Fernsehen ist beim Radio technologisch heute nicht alles machbar. Pay-Radio zum Beispiel. Dennoch wird für mich das Radio das wichtigste Nachrichtenmedium bleiben, auch

wenn diese Programme nicht gestreamt werden können.

Für Radio SRF1 hatersogareinkleines Lob: «Gerade im News-Bereich machen sie bei Radio SRF1 einen guten Job.» Aber Lahor Jakrlin wäre nicht Lahor Jakrlin, wenn nicht sogleich Kritik folgen würde. «Wieso muss die SRG 17 Radiosender betreiben, würden 4, für jede Landessprache einer, nicht genügen? Wozu haben der 1. und der 3. Kanal getrennte Nachrichtenredaktionen?» Für ihn bestehe beim Radio enormes Optimierungspotenzial.

«SRG muss sich neu ausrichten»
Weil er persönlich nur einen Bruchteil davon konsumiere, seien die Billag-Gebühren für ihn überflüssig. Er sei jedoch bereit, für einen auf seine Bedürfnisse abgestimmten Radio- und Fernsehkonsum zu bezahlen. «Ich bin überzeugt, dass ein Ja zur Initiative die SRG befähigen könnte, indem sie die Medienlandschaft neu belebt. Grossbritannien, wo ich lange lebte, hat das vorgemacht – dort liefern sich die Privaten ITV und die «Billag-BBC» dank gleich langer Spiesse einen fairen Wettbewerb und liefern die beste TV-Qualität der Welt. Im News- und im Unterhaltungsbereich.»

Lahor Jakrlin ist Realist genug und vermutet, dass die Initiative keine Chance hat und abgelehnt wird. In welchem Verhältnis, lässt er offen. Von Umfragen hält er wenig. Sein Fazit: «Es war bitter nötig, die Diskussion um die SRG zu lancieren. Dass sich diese neu ausrichten muss, wird die logische Folge der Abstimmung sein.» Darum sei sein Einsatz für die Initiative letztlich kein Kampf gegen Windmühlen – sagt, und wird am 4. März ein Ja zur Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» in die Urne einlegen. **Jürg Amsler**

Top-Bern-Thun-Kombi



Ein Inserat erreicht mehr als 50% aller Einwohnenden des Kantons Bern.

ADVERTITAS

MEDIAPLANUNG & SERVICES

TELEFON 031 529 29 29 · ADVERTITAS.CH

Mehr Entscheidungsfreiheit und weniger Zwang

Für die Initianten sind unter anderem folgende Argumente ausschlaggebend, um der «No-Billag-Initiative» zuzustimmen: Radio- und Fernsehgebühren sind Zwangsgebühren, die die Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen einschränken. Alle sollen selbst entscheiden können, wofür sie ihr Geld ausgeben möchten. Wer sein Geld weiterhin für Radio und TV ausgeben möchte, kann dies auch nach Annahme der Initiative tun. Es gibt viele Menschen, die jeden Rappen umdrehen müssen und sich

keinen Luxus leisten können. Gerade für sie ist die Abschaffung der Billag-Zwanggebühren enorm vorteilhaft.

Zu den grossen Verlierern der im Juni 2015 vom Schweizer Stimmvolk beschlossenen Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen – sie werden ab 2019 angewendet – zählen die Unternehmen, die KMU und das Gewerbe. Schon bald werden sie dazu genötigt, jährlich bis zu 39 000 Franken Billag-Zwanggebühren zu bezahlen.

Bei einem Ja zur «No-Billag-Initiative» würde für die Schweizer Volkswirtschaft eine ungeheure Kaufkraft von 1,3 Mrd. Franken pro Jahr freigesetzt, denn alle Haushalte hätten hierzulande neu über 450 Franken pro Jahr zusätzlich für den Konsum zur Verfügung. Um dieses Geld könnten sich neu alle Branchen und Unternehmen mit ihren Produkten und Dienstleistungen bewerben, anstatt nur ein paar wenige Privilegierte, die Billag-Gebühren empfangen. **sl/pd**